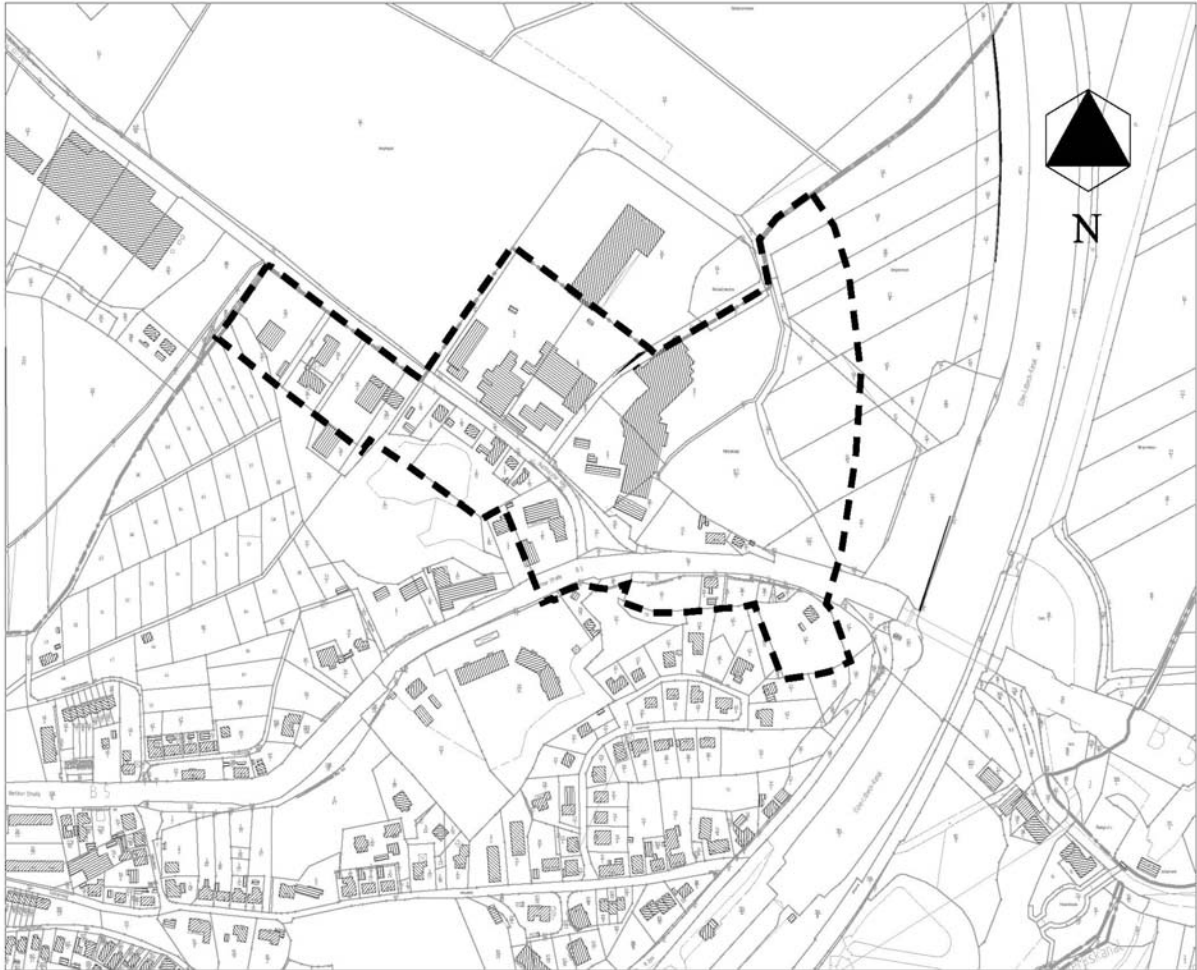


## Amtliche Bekanntmachung der Stadt Lauenburg/Elbe

### Erneute öffentliche Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 65 „Horster Damm“ der Stadt Lauenburg/Elbe nach § 4 a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB)



Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 65 „Horster Damm“ einschließlich Begründung und Umweltbericht wurde vom Bau- und Planungsausschuss der Stadt Lauenburg/Elbe am 08.06.2009 erneut beschlossen. Ziel dieses Bebauungsplanes ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Absicherung und Erweiterung der ansässigen gewerblichen Bauflächen „Horster Damm“.

Der gebilligte und zur Auslegung bestimmte Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 65 „Horster Damm“ sowie der Entwurf der Begründung und des Umweltberichtes liegen in der Zeit vom **25.06.** bis zum **09.07.2009** im Amt für Planung und Bauen der Stadt Lauenburg/Elbe, Amtsplatz 5, Zimmer 7, 21481 Lauenburg während der Dienststunden (montags bis freitags von 8.00 bis 12.00 Uhr, donnerstags von 15.00 bis 18.00 Uhr) –sowie nach Vereinbarung– öffentlich aus.

Folgende umweltrelevanten Informationen sind verfügbar und liegen mit aus:

Umweltbericht zu den Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf die Schutzgüter Mensch, Pflanzen und Tiere, Boden, Wasser, Klima/Luft, Landschaftsbild, Kultur- und Sachgüter sowie deren Wechselwirkungen untereinander,

Schalltechnische Gutachten.

Während der Auslegungsfrist können alle an der Planung Interessierten die Planungsunterlagen und umweltbezogenen Stellungnahmen einsehen und Stellungnahmen hierzu schriftlich oder während der Dienststunden zur Niederschrift vorbringen.

Gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB hat der Bau- und Planungsausschuss am 08.06.2009 beschlossen, dass Stellungnahmen **nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden können** und die Frist zur Auslegung und zur Abgabe der Stellungnahme auf 2 Wochen verkürzt wird.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben, wenn die Stadt den Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes nicht von Bedeutung ist.

Einwendungen, die im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht werden, aber hätten fristgerecht geltend gemacht werden können, machen einen Normenkontrollantrag nach § 47 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) unzulässig.

Lauenburg/Elbe, den 15.06.2009

Heuer  
Bürgermeister